

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

vor einem Jahr haben Union und FDP die Regierungsgeschäfte übernommen. Die Bilanz nach zwölf Monaten zeigt: Es war ein **Jahr der Orientierungslosigkeit, der inneren Zerrissenheit und der Entscheidungsunfähigkeit der Regierung.** Statt Verantwortung zu übernehmen, ist Schwarz-Gelb zum Synonym für beispiellosen **Lobbyismus** geworden. Union und FDP kümmern sich um Wohlhabende, Atomkonzerne und die Pharmaindustrie. Im Gegenzug werden steigende Belastungen für gesetzlich Krankenversicherte und Einschnitte bei Arbeitslosen und Familien beschlossen. Der von Angela Merkel inszenierte „Herbst der Entscheidungen“ ist ein Herbst der Klientelpolitik.

Im zurückliegenden Jahrzehnt ist Deutschland weit gekommen. Die ermutigenden Zeichen konjunktureller Erholung und sinkender Arbeitslosigkeit zeigen Erfolge **der Reformpolitik der letzten Jahre – und zwar sozialdemokratischer Reformpolitik!** Auch wenn Union, FDP und Ursula von der Leyen nun so tun, als seien sie diejenigen, die die Weichen dafür gestellt hätten, dass wieder mehr Menschen in Beschäftigung sind, ist klar: Schwarz-Gelb hat nichts getan und ruht sich auf den Erfolgen von erfolgreicher SPD-Politik aus, die nun ihre Wirkung zeigen.

Jetzt aber bleiben große Chancen ungenutzt. Vollbeschäftigung ist möglich, doch Schwarz-Gelb legt Investitionen lahm, spart die Arbeitsvermittlung kaputt und kapituliert im Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit. Sozialer Aus-



Berlin-Brief, Ausgabe 83
29. Oktober 2010

Meine Termine

Edelweißfest des Deutschen Alpenvereins
30.10.2010, 20 h, Harmonie Heilbronn

Buchpräsentation „Unser Neckar“
04.11.2010, 10.30 h, Theaterschiff Heilbronn

100-Dialog-Tour des SPD-Landesverbands in Calw: Gastredner Josip Juratovic zum Thema Mitbestimmung
05.11.2010, 19 h, Calw

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro
Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:
www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!



gleich ist nötig, doch Schwarz-Gelb belastet die Schwachen und bedient die Starken. Die Energiewende ist greifbar, doch Schwarz-Gelb sabotiert den Atomausstieg und stellt die Weichen zurück in die Vergangenheit.

Die **Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke** wurden am Donnerstag durch die Stimmen von Union und FDP gegen den entschiedenen Widerstand durch SPD, Grüne und Linke durchgesetzt. Eine solche Debatte habe ich in den nun fünf Jahren meiner Abgeordnetentätigkeit selten erlebt. Schon im Vorfeld haben Union und FDP versucht, so wenig wie möglich über die Änderung des Atomgesetzes zu diskutieren. Im Umweltausschuss haben Regierung und Unions-Fraktion wichtige Fragen der Opposition nicht beantwortet, Änderungsanträge sollten erst gar nicht behandelt werden. **Das ganze Gesetzgebungsverfahren wurde im Eiltempo durch den Bundestag gepeitscht, ohne dass die Parlamentarier, insbesondere die der Opposition, angemessen beteiligt wurden.** Union und FDP haben sich jede Menge Zeit gelassen, um mit der Atomwirtschaft über ihre Pläne zu beratschlagen – für das Parlament blieb diese Zeit dagegen nicht! Daher hat die SPD-Fraktion am Donnerstag dafür gestimmt, die Abstimmungen zu verschieben und weitere Beratungen abzuhalten. Union und FDP haben sich quergestellt und haben so auch hier gezeigt, dass sie die Interessen der Atomlobby vertreten. **Das ganze Verfahren ist verfassungsrechtlich fraglich**, wenn Schwarz-Gelb den Bundesrat nicht an dieser Entscheidung beteiligen möchte. Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-geführten Bundesländer werden dagegen Klage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einreichen.

Die Laufzeitverlängerungen haben fatale Auswirkungen: Atomkraft ist unsicher und hat uns jahrzehntelang teure Subventionen gekostet. Im Bereich der erneuerbaren Energien arbeiten bereits heute über 340.000 Menschen. Diesen Jobmotor für den Mittelstand dürfen wir nicht durch längere Laufzeiten, die nur den vier großen Energiekonzernen nutzen, gefährden! Am Donnerstag habe ich daher auch gemeinsam mit Fraktionskollegen in Berlin gegen den Atomdeal von Schwarz-Gelb demonstriert.

Am Mittwoch habe ich in einer **Aktuellen Stunde zur Erhöhung des Renteneintrittsalters** im Plenum des Bundestages gesprochen. Die **Rede** finden Sie anbei.

Mit freundlichen Grüßen